

1. Beilage zu Nr. 283 der Leipziger Volkszeitung, Freitag, 7. Dezember 1906.

Politische Übersicht.

Es war nichts.

Vielen Volkszeitung ihren den letzten Reichstags-Sitzungen gewidmeten Artikel und trifft damit den Nagel auf den Kopf. Dem Frohlocken der Zentrumskapuziner aber entspricht das Jammer der Fortschrittsrabbiner. „Es war nichts!“ tönt es von den melancholischen Ufern der Emser von Dortmund herüber. Herr Stein, Sonnemanns geliebter Herr und Berliner Vertreter der Frankfurter Zeitung, mimt wieder den großen Staatsmann. „Man weiß“ und „man wußte“, heißt es in jeder zweiten Zeile mit bedeutsamem Augenzwinkern. Ja, Herr Stein, der bei Herrn Bülow zuweilen durch Schlüsselloch gucken darf, ist ein unterrichteter, ein gewisster Mann, den nachträglich nichts mehr überraschen kann. O, er ist flug und weise, und ihn betrügt man nicht!

Um so mangelhafter scheinen die Schnicks des Herrn Mosse unterrichtet zu sein. Das Berliner Tageblatt bringt heute einen Artikel, der sich wie aufgetauter Blechmusik aus Münchhausen berühmtem Waldhorn anhört. Es hält „die Stunde“ für gekommen, um nicht nur das verhaftete faudinische Joch der Pfaffen, sondern auch das der Junker zu brechen.

Es wäre eine Haschheit, wenn der Liberalismus nur vom Zentrum los wollte, ohne gleichzeitig jede Beziehung zur konservativen Partei zu lösen. . . Es gibt keine andre Möglichkeit, um das Klerikal-konservative Joch abzuschütteln, als daß sich der Liberalismus wieder auf sich selbst besinnt. Er muß wieder wollen lernen und sich klar machen, daß seine Krone nach rechts gerichtet sein muß. Erst wenn er das offen ausspricht, wird er auch wieder die breiten Wählermassen hinter sich wissen. Die Stunde zu einer reinlichen Scheidung nach rechts ist gekommen. Man möge sie nicht ungenügt verstreichen lassen.

Mosse, du rasest, die große Kunst macht dich rasen! — Da ist das Leipziger Tageblatt doch gescheiter, als das Berliner. Nachdem es zwei Tage lang wie ein Orlando furioso den Lesern „in die Ohren geschrillt“ hat, daß jetzt die Stunde der liberalen Auferstehung endlich da sei, schweigt es jetzt und hängt seine Posaune ganz still an die Wand. Es war nichts!

Aber so ganz ungegesessen will der Liberalismus seine Jünger doch nicht von sich lassen. Und so speist er sie, da die Brote der liberalen Auferstehung noch nicht gebunden sind, mit zweien Fischen ab. Herr Ballerstrem und Herr Stoeren sollen geopfert werden. Gegen den zuerst genannten hat eine Heze eingezettet, die ihn augenscheinlich zur Niederlegung seines Amtes bewegen oder die Majorität des Reichstags veranlassen soll, ihn nach den nächsten Wahlen nicht wieder zu führen. Wir sagen: augenscheinlich. Über dieser Augenschein trügt, und ist nur für das liberale Stimmvolk berechnet. Im Grunde ist man im Reichstag mit Herrn Ballerstrem sehr einverstanden, und nur daß eine hot man an ihm auszusehen, daß er auch gegen andere Leute parteisch ist, wie gegen Sozialdemokraten.

Gegen Herrn Stoeren dagegen plant man eine Haupt- und Staatsaktion. Die Kölnerische Zeitung sucht den preußischen Justizminister gegen den streitbaren Oberlandgerichtsrat scharf zu machen und ihn zu einem Disziplinarverfahren zu veranlassen. Das würde selbstverständlich gegen die elementarsten Grundsätze des Parlamentarismus verstößen. Die Kölnerische Zeitung weiß das natürlich, und erklärt deshalb, Stoeren solle nicht in seiner Eigenschaft als Abgeordneter, sondern in seiner Eigenschaft als Jurist verfolgt werden. Als im preußischen Verfassungsstreit die preußische Regierung einen ähnlichen Streich versuchte, und den liberalen Abgeordneten L. Weisse wegen seiner Neuerungen im Parlament zur Verantwortung zog, protestierte die liberale Presse vom ersten bis zum letzten Mann. Auch die preußische Regierung war damals um eine Bemäntlung ihres Attentats auf die Immunität der Abgeordneten nicht verlegen. Sie erklärte, es falle ihr gar nicht ein, den Abg. Weisse wegen seiner verfassungsmäßigen Tätigkeit als Abgeordneter verfolgen zu wollen. Aber er habe im Parlament auf die Regierung geschimpft, und schimpfen sei nicht in der Verfassung vorgesehen. Diese elende Ausrede erregte damals allgemeine Empörung gerade bei den Liberalen, die freilich damals nicht ahnen konnten, daß 40 Jahre später ein führendes liberales Blatt die nichtswürdigen Schläge der preußischen Reaktion sich zu eigen machen würde, um einen unbedeutenen Gegner zu beseitigen.

Es ist nichts mit der Auferstehung des Liberalismus. Er liegt mit gebrochenem Rückgrat im Graben und ihm kann nur der Totengräber seinen stillen Dienst erweisen.

Deutsches Reich.

Kaiser — Reichshaushaltsetat — Postbeamte.

Man schreibt uns aus Postkreisen: Die lezte Sonderausgabe des Postamtsslates veröffentlicht einen Erlass des Kaisers, in welchem dem Staatssekretär des Reichspostamts und den Beamten seiner Verwaltung für die erfolgreiche Arbeit während der Etatsjahre 1901—1906 sein Dank ausgedrückt wird. Jetzt bringt die Norddeutsche Allgemeine Zeitung den Etat für die Reichspost- und Telegraphenverwaltung. Außer einer Forderung von 31 neuen Unterdirektoren, die von sämtlichen Betriebsbeamten in dem Vorgefühl, daß nun bei der Arbeit zukünftig noch eine Aufsicht mehr zu den bereits vorhandenen drei Aufsichten hinter ihnen zu stehen kommt, mit „Gallo!“ begrüßt wurde, fordert die Reichspost keinen Pfennig für ihre Beamten. Für das Militär und den Kolonialschwindel in Afrika sind die Überschüsse des Postetats wahrscheinlich besser angewandt, für das Heer der Postbeamten fällt nichts ab, das Vertrauen zur Verwaltung und zum Reiche ist bei ihnen sowieso längst erschüttert. Wir schreiben aber daran, daß die Postbeamtenchaft angesichts der Millionenvergebung sich noch lange mit dem abgedroschenen Hinweis auf die ungünstige Finanzlage des Reiches wird abweisen lassen und ob sie überhaupt noch Festigkeit genug besitzt, die schreiende Notlage zu überwinden. Wir wissen es aus den vielen Zuschriften, daß bei einem großen Teile

der verheirateten Postbeamten längst Not und Sorgen eingekехrt sind, und daß infolge einer für sie verderblichen Finanzpolitik des Staatssekretärs der Postunterbeamte, der Assistent, der Sekretär und der Inspektor bereits der Karne unter seinesgleichen in der Beamtenchaft geworden ist. Wir sagen damit wahrlich nicht zuviel; in den Zeitchriften der höheren, mittleren und unteren Beamten bekommt man noch ganz andere Töne zu hören, in denen die Wut und die Verweisung dieser hart kämpfenden Beamtenklassen zum Ausdruck kommt. Die meisten Einzelstaaten wie die Städteverwaltungen tragen wenigstens zum Teil den Steuerungsverhältnissen und den erhöhten Lebensbedingungen Rechnung; auch dem Militär gibt man aus Reichsmitteln ohne weiteres höhere Gehälter und Pensionen — für die Postbeamtenchaft röhrt das Reich keinen Finger! Oder gibt es doch irgendwo noch etwas? — Es freilich! Aber frag mich nur nicht wo? — In einem sechzehnjährigen Zeitraume ist das Gehalt des Staatssekretärs des Reichspostamts von 15 000 Mfl. auf 30 000 Mark hinaufgerückt, das Ansangsgehalt des Postassistenten und Postpraktikanten ist aber bei 1500 bzw. 1700 Mfl. stehen geblieben.

Ein mittlerer Beamter — sei er Assistent oder Sekretär — wird nach 17—20jähriger Dienstzeit noch jetzt mit 2000 Mfl. Gehalt abgesetzt! Das ist die Bezahlung des Reiches für den Familienvater mit 3—5 Kindern, der schwierige und kostspielige Prüfungen abgelegt und den anstrengenden, vielseitigen, unregelmäßigen Tag, Nacht- und Feiertagsdienst bei der Post und Telegraphie mit ihren vielerlei Nebenzweigen zwei Jahrzehnte einwandsfrei nach besten Kräften wahrgenommen hat. So geht es den 50 000 Postassistenten und Sekretären, welche die Kosten für die Entschädigung der Privatposten seinerzeit tragen mußten, die seit sechzehn Jahren in sachlichen Statistiken und Erhebungen dem Reiche ihre trostlose Lage vorhalten und die man mit der im Jahre 1900 eingeführten Prüfungsordnung in einer Weise getötet hat, wie sie in der Beamtenengelicht einzigt dascht. — Schlimmer noch geht es dem Postunterbeamten. Ein Postschaffner mit drei Kindern bezahlt 900 Mfl. Gehalt. Das Wohnungsgeld reicht längst nicht für die spärlichste Wohnung. Bei allermöglichster und äußerst eingeschränkter Lebensweise bleibt dem Manne und seiner Familie nichts anderes übrig als im Reichsdienste zu darben und dies bei einer verantwortungsvollen Beschäftigung und höchstens 60 bis 70 Dienststunden, von denen der Reichs-Verkehrsbeamte überhaupt bekanntlich ein gehäuftes Maß voll mehr hat, als jeder Gerichts-, Steuer-, Kommunal- oder sonstige Bureaubeamte.

Geradezu jämmerlich aber geht es den verheirateten Postboten und Telegraphenarbeitern! Ist es dem Reiche gänzlich gleichgültig, wenn deren Frauen und Kinder auf die Arbeit gehen müssen, um sich nur durchzuschlagen? Haben nicht erst vor einigen Tagen die Berliner Wäscherinnen und Näherinnen in einer Protestversammlung gegen die schädliche Konkurrenz der Beamtenfrauen Einspruch erhoben? — Wir müssen uns vorbehalten, auf die Lage der lechteren Beamtengruppe demnächst ausführlich zurückzukommen.

Was bietet nun der Staatssekretär dieser so regsame und dennoch stets benachteiligten Beamtenmasse des Reiches?

1. 16 Millionen Mark für elegante Postneubauten.
2. 82 Millionen Mark Überschuss fürs Militär, für Kolonien, Schnapsbrenner und sektrinkende Großgrundbesitzer.

3. Den Dank des Kaisers für jahrelange erfolgreiche — denn der Überschuss ist allein im letzten Jahre um siebzehn Millionen gestiegen — und harte Arbeit im deutschen Post- und Telegraphendienste.

Der felige Stephan ist wieder da: Jedes Jahr ein wohlfrisierte Haushaltplan — und eine Viertelmillion notleidende Reichsbeamte gucken in den Mond!

Der Kolonialmoloch.

Unsere Kolonialgrößen sind im Verschleudern der Steuergroßen ebenso groß, als sie im Halten des Versprochenen winzig sind. Am Donnerstag übertrug der Oberstleutnant Wade vom Oberkommando der Schutztruppen die Budgetkommission des Reichstags mit der Mitteilung, daß in Südwafatika dazwischen 5000 Mann stehen müssen; vorläufig sogar 8200 Mann laut der Regierungsforderung.

Als die Ostbahn und die Linie Überseebucht-Stuba durchgebaut werden mußten, wurde der Kommission versprochen, daß nach Fertigstellung dieser Bauten die Truppenzahl sehr vermindert werde. Noch angenehmer war der Gouverneur v. Lindquist am Donnerstag kurz und bündig erklärt er der Kommission, daß er gar nicht daran denke, die auf Antrag der Sozialdemokraten vom Reichstag erhobene Forderung durchzuführen und die Truppen auf ein Minimum zu reduzieren.

Würde man ihn dazu zwingen, werde er sofort die Konsequenzen ziehen. Die Eingeborenen müßten vollständig niedergeworfen werden, alle Waffen seien ihnen abzunehmen, selbst die Ausübung der Jagd, die bisher ihre Existenz mit fristete, müßte ihnen unmöglich gemacht werden. Die Eingeborenen sollen null sein und nichts weiter. Herr Gräberger schreibt förmlich auf vor Entsehen: das sei ja schlimmer als alles, was man befürchtet habe. Nicht einen Pfennig werde das Zentrum aus Auseherrnmitteln für Südwafatika bewilligen, die Ausgaben müssen aus den laufenden Mitteln bestritten werden, was aber nach dem Stande der Finanzen nicht möglich sei. Forderde doch die Regierung jetzt 80 Millionen als Nachtrag und 50 Millionen werden es werden; 20 Millionen für neue Bahnbauten, 10 Millionen für die Farmer und 80 Millionen werde im Jahre 1907 die Schutztruppe kosten. Um eine Million sei der Pensionsetat durch den Aufstand erhöht; viele Dutzende Millionen kommen noch für andere Zwecke hinzu. Wo bleibt das Schahamt, das doch tief in Finanzschwierigkeiten sitzt? Jetzt müßte Frieden geschlossen werden. Herr Dernburg hörte die wilden Reden des brauen Knaben Mathias gelassen an. Wie er schon im Plenum ergrüßt, glaubt er nicht, daß das Zentrum nicht bewilligen werde — und auf die Reden pfeift die neue Kolonialregierung. Interessant war es zu hören, daß die beiden Brüder François, die früher als höhere Offiziere in Südwafatika kommandiert haben, Herrn Gräberger autorisierten, dem Reichstag zu sagen, daß er es gar nicht vertreten können könne, wenn er mehr als 2500 Mann für Südwafatika bewillige. Gouverneur

v. Lindquist mache aber auch mit den beiden François Prozeß, trotzdem der eine davon preußischer General ist; sie verstehen einfach nichts von Südwafatika. Punktum! Gen. Ledeboer verhöhnt die entseigten Zentrumsmänner, die sich ja an den Fingern abzählten könnten, daß der Kolonialmoloch sein geschätztes Maul je weiter aufzweite, je mehr man ihm in den unersättlichen Magen wirkt. Der Gouverneur v. Venning habe in der Landkommission zugegeben, daß Südwafatika kurz vor Ausbruch des Krieges vor dem Vontott gestanden habe. Meinansiedlungen seien gar nicht zu halten in dieser fahmlos Kolonie, die Lindquist am Mittwoch in blühender Phantasie als ein Land zulässiger glänzender Entwicklung gezeichnet hat. v. Venning! Ach was, der versteht auch nichts von Südwafatika, erklärte einfach Herr von Lindquist. Der Mann ist Generale und Amtskollegen ebenso platt ab, wie auffällige Hottentotten und Hereros. Dabei ist zu beachten, daß v. Venning ganz Südwafatika bereit hat, selbst Gouverneur einer Kolonie war und von der Regierung als Sachverständiger in die wichtige Landkommission delegiert worden ist. Dem Unterstaatssekretär im Schahamt, Doele, wurde anscheinend ein bißchen schwül bei den Plänen, die die Kolonialgewaltigen hegten, er verabschiedete deshalb eine Douche. Die Mitteilungen der Kolonialkommissare seien keine Erklärungen der verbündeten Regierungen; das Schahamt wisse gar nichts davon, daß Pläne von derart weittragender finanzieller Bedeutung verwirklicht werden sollen. Tableau! Unsere Genossen forderten sofortige Vertagung der Kommission, bis die Regierung Kipp und Nar sage, wie es um die militärischen Pläne stehe, die enorme Summen erfordern würden. Gegen die sozialdemokratischen und freisinnigen Stimmen wurde aber der Antrag abgelehnt; auch vom — — Zentrum, das dann den Antrag stellte, ab 1. April 1907 nur noch 2500 Mann in Afrika zu lassen; statt 8200 Mann, wie die Regierung verlangt. Fällt das Zentrum dieses Mal wieder um, und übt an seinem eigenen Antrag schmäler Berat, wie schon so oft, gibt es uns in der Agitation eine wirksame Waffe in die Hand.

Für die Steuerzahler werden die Angaben des Kolonialdirektors Dernburg über die Kosten, die ein Mann pro Jahr im Durchschnitt verursacht, interessant sein: nämlich 9776 Mfl. Es soll dafür gesorgt werden, daß zukünftig ein Soldat pro Jahr „nur“ noch 5848 Mfl. Ausgaben verursacht. Wie heißt es doch im Reiterlied in Schillers Wallenstein: „Im Felde da ist der Mann noch was wert . . .“

Berlin, 7. Dezember. Der Bundesrat hat sich entschlossen, die Fleischnotinterpellationen am Mittwoch, 12. Dezember, im Reichstag beantworten zu lassen.

Der Landesreisenbahnrat hat in seiner Sitzung am Donnerstag mit großer Mehrheit der Vorlage der Staatsregierung über Ermäßigungen der Stückzugs- und Wagenladungs-Fracht für Fleisch von frischgeschlachtetem Vieh zugestimmt.

Sie wird wieder frisch. Einige Zeit mußte sie vergehen lassen, die lägliche Munizau, ehe sie wieder mit altbewährter Frechheit zu schimpfen begann. Zu groß war die Blamage, in die sich das Blatt durch die unerhörte Feigheit im Halle Quade und durch die Aufnahme der bekannten Ehrenerklärung versetzt hatte, von der selbst die bürgerliche Presse zugeben mußte, daß eine gleich hündische Würdelosigkeit noch nie in einem deutschen Blatte gestanden habe. Wir wiesen damals noch, daß derartige jämmerliche Feigheiten zur Tradition der Klöglischen Rundschau gehörten. Schon vor Jahren hatte dieses Papier in einem Kampfe gegen den damaligen Staatssekretär von Elßrott, v. Puttkamer, ebenso gekniffen, wie jetzt in seinem „Kampfe“ gegen die Kolonialkorruption.

Zieht aber ist sie wieder mutter und nun geht das Lügen und Betrügen wieder los. Nachdem erst vor einer Woche der Vorwärts das edle Blatt auf eine bewußte Fälschung der Reichstagsberichte festgenagelt hatte, worauf es natürlich ebenfalls mit keinem Worte zu reagieren wagte, kommt es jetzt mit dem Schmucklüber angezogen, die Reihäuser der bürgerlichen Presse in ihrem Kampfe gegen die Partei zur Verfügung stellt, und drückt diese Erfüllte ab unter der Spitzmarke: Ein Charakterbild des Herrn Franz Mehring. Rippler weiß natürlich, daß Genosse Mehring nicht sagt, Genosse Mehring weiß aber auch, daß Rippler mit altbewährter Feigheit kneifen und hundemäßig um Verzeihung bitten würde, falls er ihm mit einer Klage auch nur drohen würde.

Ein Wüstenprediger. Als vor einigen Tagen etliche Delegierte der Deutsch-konservativen Partei in Berlin den üblichen Kommers abhielten und dazwischen auch auf sogenannte Organisationsfragen zu sprechen kamen, erhob sich ein Herr Rechtsanwalt Meyer aus Tübingen in einer gewaltigen Rede wider den heiligen Geist Ostbrens. Nachdem er dem preußisch-deutschen Adel seine „große Liebe“ erklärt und sogar dessen Verbleite um den preußischen Staat „ungeheuer“ gefunden hatte, löste er wider den Stachel in 10'gender Weise:

„Aber meine Herren, Sie müssen doch darauf rednen, daß die konserватiven Männer und Abgeordneten zum größten Teile von Bürgerlichen gewählt werden, und da halte ich es nicht für richtig, daß in den Vertretungen der konservativen Partei die Meinung einer kleinen Fraktion nach unrichtig ist. Alle die verehrten Herren, die in diesen Vertretungen sitzen, sollen getrost darin bleiben. Sie müssen noch viel mehr bürgerliche hinzunehmen, sonst wird im Volle die Meinung von den Gegnern verbreitet, die konservativen Partei sei eine Adelspartei, eine Junkerpartei, eine Vertretung dieser Stände.“

Die Deutsche Tageszeitung ist natürlich damit gar nicht einverstanden; sie tut so, als ob sie den Vorschlag des Herrn Meyer erfuhr und sagt mit gutgepfeiler Entrüstung, daß es nüchtern sei, gegen ein demokratisches Reichstagswahlrecht ein Gegengewicht in dem Wahlrecht des größten deutschen Staates zu haben!

Der Bund der Landwirte veröffentlicht ein Flugblatt über die Fleischsteuerung, worin nachzuweisen verucht wird, daß die Fleischpreise in London höher sind, als in Deutschland, daß nicht die Landwirte, sondern andre Hafthörer an der Teuerung schuld sind und diese Teuerung eine Folge der allgemeinen Weltmarktkonjunktur ist, daß die Fleischpreise erheblich gesunken sind und der Fleischbeschluß im Interesse der ganzen Bevölkerung aufrechterhalten werden muß.

Tatachen auf den Kopf zu stellen, ist altbewährte agrarische Politik.

Der Vater des Kolonialdirektors, Friedrich Dernburg, der Redakteur am Berliner Tageblatt ist, war vor Olms Seiten einmal Reichstagsabgeordneter für Offenbach-Dieburg als National-liberaler. Nach heils umstrittener Wiederwahl soll er nach der Rheinisch-Westfälischen Zeitung folgendes Telegramm nach Offenbach gesandt haben: „Herrlichen Dank meinen lieben Wählern, die für das Reiches Einheit eintraten und der schwarzo-roten Schlange den Kopf zerritten“.